Reiche, der preußischen und badischen Regierung gepflogen werden, da die beiden letzteren sich an den Kosten zu betheiligen haben würden. Die Vorlage ist, den „B. P. N." zufolge, zunächst an die Ausschüsse des Bundesraths gegangen, und soll es in der Absicht liegen, dieselbe alsbald im Plenum zur Berathung zu stellen, um die Einbringung im Reichstag derart zu beschleunigen, daß eine Verlängerung der Session dadurch nicht herbeigeführt zu werden brauchte.

In ihrem Jahresbericht für 1891 beurtheilt die Handelskammer zu Oppeln die wirthschaftliche Lage ihres Bezirks weniger günstig; sie sagt:

„Das abgelaufene Jahr ist für unsere Industrie im Allgemeinen nicht so günstig gewesen, wie das Jahr 1890. Erfuhr einerseits zwar das Geschäft in Steinkohlen eine ansehnliche Steigerung in Produktion und Absatz, die nur im letzten Quartale, durch erhöhte Produktionskosten hervorgerufen, eine Abschwächung erlitt, ohne daß die ungefähr um 60 pCt. gegen 1888 erhöhten Preise der Kohlen eine Veränderung zeigten, so hat andererseits dieser unerwartet hohe Preisstand auf die Mehrzahl solcher Industrieen, welche dieses Rohprodukt zur Aufrechthaltung ihres Betriebes nicht entbehren können, erschwerend eingewirkt.

Am empfindlichsten wurde dadurch die Eisenindustrie betroffen, deren vielfache Bemühungen, billigere Kohlenpreise zu erzielen, aber bis jetzt ziemlich erfolglos geblieben sind. Sie war bemüht, durch Verbesserungen im Betriebe ihre Fabrikate billiger herzustellen, um hieraus die Möglichkeit zu gewinnen, die zum Theil verloren gegangene Ausfuhr wieder herzustellen.

Vor Allem wirkten die russischen Zollerhöhungen und die unverkennbar schlechte Geschäftslage in Rußland lähmend auf die Ausfuhr der Erzeugnisse im Eisengewerbe ein; die im Winter 1890/91 außergewöhnlich starken Betriebsstörungen im Eisenbahnverkehr bereiteten der Eisenindustrie ebenfalls viele Schwierigkeiten. Zu diesen Mißständen trat dann noch die Auflösung des Deutschen Feinblechverbandes, wodurch die Verkaufspreise für Grob- und Feinbleche stark fielen; eine Einschränkung des Hochofenbetriebes war die natürliche Folge hiervon.

Unter der gedrückten Lage der Eisenindustrie hatten besonders gegen Ende des Jahres auch die Koksanstalten zu leiden, deren Absatz sich verminderte.

Die mit der Eisenindustrie eng verbundenen Industieen, wie die Gußwaaren-, die Dampfkessel- und Maschinenfabrikation, die Brückenbauanstalten und Hufeisenfabrikation erlitten unter dem Drucke der Verhältnisse gleichfalls bedeutende Nachtheile und erzielten für ihre Produkte nur sehr mäßige Preise.

Dazu machte die fortwährende Steigerung der Lebensmittelpreise, hervorgerufen durch diesjährige Mißernten an Roggen und Kartoffeln und vergrößert durch die russischen Ausfuhrverbote, in den meisten großen wie kleinen Industriebetrieben eine weitere Aufbesserung der Arbeitslöhne nothwendig; solche Erhöhungen sind theils gefordert, theils freiwillig gewährt."

Aus Newark, Anfang März, schreibt unser dortiger Korrespondent:

Eine merkwürdige Thatsache ist, daß Das, worauf der Bürger der Vereinigten Staaten, indem er sich mit den Bürgern anderer Länder vergleicht, am meisten Nachdruck legt und am meisten stolz ist, nämlich auf eine Regierung des Volkes durch das Volk und für das Volk, von ihm selber im eigenen Lande sehr gering geschätzt und mit Gleichgültigkeit betrachtet wird. Freilich bildet die Redensart „a government of the people, by the people and for the people" nach wie vor das Schlagwort bei mancher, ja man kann sagen bei allen politischen Reden, aber in Wahrheit ist es eine Chimäre. Nicht das Volk regiert, sondern die politischen Machthaber und Drahtzieher, hier zu Lande the big and little bosses" genannt. Es wäre Unrecht, zu sagen, daß die eine oder die andere Partei, d. h. die demokratische oder republikanische in dieser Beziehung schlechter, korrupter oder tiefer gesunken wäre, im Gegentheil, bei beiden Parteien ist in dieser Beziehung wenig Unterschied zu spüren. Die innere Fäulniß beider Parteien äußert sich bei denselben nur auf verschiedene Weise, die wieder in den Elementen, aus denen sie zusammengesetzt sind, begründet liegt. Während die Demokraten, wenn sie unter sich Zerwürfnisse haben, diese an die Oeffentlichkeit gelangen lassen, mit anderen Worten ihre schmutzige Wäsche in der Regel coram publico waschen, nach ausgefochtenem Streit aber wieder hübsch unter die Fuchtel der „bosses" zurückkehren, hört man von ähnlichen Vorkommnissen nur wenig in der republikanischen Partei. Dafür wenden sich aber die ehrlichen und anständigen Mitglieder dieser Partei mit Ekel und Abscheu von dem kleinlichen Treiben der kleinen und großen „bosses" ab und können selten dazu veranlaßt werden, bei städtischen oder Staatswahlen von ihrem Stimmrecht Gebrauch zu machen. Nur wenn nationale Interessen auf dem Spiele stehen, wenn es sich um die Wahl eines Präsidenten handelt, geben sie ihre Stimme ab. So wurden z. B. in Newark N. J. im Jahre 1889 mit einer Bevölkerung von ungefähr 195 000 Einwohnern bei der Wahl für Bürgermeister von beiden Parteien nur 28 224 Stimmen abgegeben, während im Jahre zuvor bei der Präsidentenwahl bei einer um mindestens 5000 geringeren Einwohnerzahl 8085 Stimmen mehr, d. h. 36 309 Stimmen abgegeben wurden. Von der Mehrheit der abgegebenen Stimmen fielen nahezu drei Viertel auf die Republikaner der Stadt.

Der Staat Maryland giebt, wie wenige seiner Schwesterstaaten ein Bild dafür, wie weit politische Korruption gediehen ist, und wie wenig die einzelnen Stimmgeber, wie viel aber die „bosses" zu sagen haben. Dazu hat der Anhang der dort herrschenden Korruption eine recht interessante Geschichte, die sich aus den Tagen des Bürgerkrieges herschreibt. Der Staat Maryland würde mit zu den Sezessionsstaaten gehört haben, wenn nicht Präsident Lincoln sofort nach Ausbruch des Krieges sämmtliche Forts, sowie strategisch wichtigen Punkte im Staate mit Unionssoldaten besetzt und auf diese Weise Maryland zu einem Zwangs-Unionsstaat gemacht hätte, zumal die Hauptanführer der rebellenfreundlichen Bevölkerung des Staates zu Gefangenen im Fort Warren gemacht wurden. Die Bundesregierung sah sich einem schwierigen Problem gegenüber. Hätte sie dem Staate wirkliche Selbstregierung bewilligt, so würden eben jene Männer als Gesetzgeber nach Annapolis, der Hauptstadt des Staates, gewählt worden sein, die sich in Fort Warren als Gefangene befanden. Wäre der Minorität im Staate durch Gewaltmaßregeln Geltung verschafft worden, so hätte dieses direkt gegen die Bundeskonstitution verstoßen, welche vorschreibt, daß die Minorität der Majorität sich zu fügen hat. Zu dieser Zeit trat im Jahre 1864 die konstitutionelle Konvention in Annapolis zusammen, welche die Annahme der entworfenen Konstitution nur dadurch durchsetzte, daß sämmtliche rebellenfreundliche Bürger ihres Stimmrechts als verlustig erklärt wurden und dann noch die abgegebenen Stimmen zu Gunsten der Annahme der Konstitution in betrügerischer Weise nachgezählt wurden. Stillschweigend wurden diese Betrügereien von der Bundesregierung sanktionirt. Die demokratische Partei gelangte später ebenfalls auf betrügerische Weise wieder zur Gewalt. Der republikanische Gouverneur schloß nämlich mit den demokratischen Machthabern den Vertrag ab, daß er seine Partei verrathen werde, wenn eine demokratische Legislatur ihn zum Bundessenator machen werde. Wenn auch dieser Vertrag nicht bis auf den Buchstaben ausgeführt werden konnte, so war seine moralische Wirkung auf die republikanische Partei doch eine derartige, daß bei der nächsten Wahl die Demokraten die Oberhand gewannen.

Seit der Zeit ist Korruption und Betrug bei Wahlen in Maryland etwas so Gewöhnliches geworden, daß, wenn auch ehr- und achtbare Männer diese Betrügereien nicht billigen, sie sie doch gewissermaßen als etwas Unvermeidliches, Natürliches hinnehmen und den „bosses" ihren Willen lassen. Dieses mag durch einen Vorgang näher illustrirt werden, der sich erst letztes Jahr in Baltimore zutrug. Das Amt des Generalanwaltes des Staates hatte seit Jahren in den Händen einer Kreatur der „bosses" gelegen, welcher Beamte die Stelle lediglich für sein und seiner Handlanger Bestes ausgebeutet hatte. Die Entrüstung unter der Geschäftswelt des Staates war hierüber schließlich so groß geworden, daß die „Democratic Business Men's Association" beschloß, sich des ungetreuen Beamten, wenn möglich, zu entledigen. Daß dieses ohne Beistand der „bosses" gehen würde, daran war nicht zu denken; da aber die Mitglieder genannter Organisation bei zwei Wahlen den Ausschlag gegeben hatten, so glaubten sie diesen Umstand als guten Hebel benutzen zu können, um ihr Vorhaben durchzuführen. Der oberste „boss" wurde ausgesucht, und derselbe versprach seinen Beistand, welcher thatsächlich auch zu ihren Gunsten in die Waagschale geworfen zu sein schien, denn wenige Tage darauf veröffentlichte der verhaßte Beamte einen Brief, in welchem er eine nochmalige Renomination auf das Bestimmteste ablehnte. Die vorgenannte Assoziation wurde aufgefordert, Kandidaten für das Amt vorzuschlagen, doch fand keiner derselben Gnade vor den Augen der „bosses". Der Haupt-Kicker unter den „bosses", war einer der kleineren, welcher aber in Geldsachen viel mitzusprechen hatte, da er die ganzen Spielhöllenbesitzer der Stadt Baltimore hinter sich hatte. So war die Lage der Dinge, als die Nominationskonvention abgehalten wurde. Stunden lang ballotirten die Delegaten, welche nur Strohkandidaten nominirten, da vom Hauptquartier noch kein Befehl eingetroffen war, wer nominirt werden sollte. Die „Democratic Business Men's Association" machte noch einen Vorschlag; auch der fand keinen Beifall, so daß schließlich unter der Entschuldigung: „Ihr habt ja keinen passenden Mann für die Stellung", Befehl gegeben wurde, den alten Amtsinhaber wieder zu nominiren. Dieses geschah mit Pauken und Trompeten, und trotz des Ablehneschreibens wurde die Nomination angenommen und der alte Beamte auch wieder erwählt für einen weiteren Termin.

Nur hier und da erhob sich der Staat Maryland und besonders die Stadt Baltimore aus dem Sumpfe der politischen Fäulniß, in welchem er zu ersticken drohte, wenn die ehrenfesten Demokraten sich mit den ehrlichen Republikanern vereinigten, um ohne Rücksicht auf eine Partei solche Männer zu wählen, die ihre Aemter ehrlich und redlich versehen. Die von der Entrüstung geborene Energie schlief jedoch bald wieder ein, so daß im nächsten Jahre das alte Regiment wieder eintrat. Der Erlaß selbst der schärfsten Gesetze gegen Wahlbetrüger, Stimmkastenstopfer u. s. w. hat noch nie etwas geholfen; sorgten doch die „bosses" dafür, daß nur ihre Kreaturen zu Großgeschworenen gemacht würden, denen es natürlich nie einfallen wird, die Werkzeuge ihrer Gönner in Anklagezustand zu versetzen. Der Grund für die enorme Ueberhandnahme der Wahlbetrügereien im Staate Maryland und anderen Staaten, wie z. B. New-York, Pennsylvanien u. s. w., liegt in der ungesunden Beschaffenheit der öffentlichen Meinung. Diese sieht stillschweigend den Betrügereien zu, und Besserung wird erst dann eintreten, wenn die öffentliche Moral eine bessere, gesündere geworden ist.

Es könnte geltend gemacht werden, daß die Einführung des australischen Wahlsystems, das auch in Maryland eingeführt wurde, jeden Betrug oder vielmehr die Ausführung desselben zur Unmöglichkeit machen sollte; aber dem ist nicht so, zumal sich in Maryland viele stimmberechtigte Farbige befinden, die nicht lesen oder schreiben können. Daß bei diesem Wahlsystem Betrügereien ausgeführt werden können, liegt lediglich an den Wahlbeamten, welche im Durchschnitt übel berüchtigte Menschen sind, denen ein beliebiges Verbrechen zugetraut werden kann. Die Wahlbeamten erhalten ebenso geringe Bezahlung, daß sich die bessere Klasse Leute für das Amt nicht melden, und die Behörde, welche die Ernennungen zu besorgen hat, ist gezwungen, die Personen zu ernennen, die von den „bosses" dazu abgeordnet sind, Wahldienste zu thun. So kam es z. B. vor, daß ein Jahre 1886 zwei Männer, welche wenige Tage später als Wahlrichter fungirt haben würden, hieran nur dadurch verhindert worden, daß sie einen Raubmord begingen und deshalb verhaftet wurden. Die Betrügereien wurden das Jahr jedoch so stark betrieben, daß etwas gethan werden mußte, um die hochgehenden Wogen der sittlichen Entrüstung unter den Bürgern zu besänftigen. 13 Wahlbeamten wurden in Anklagezustand versetzt, schuldig befunden und zu Zuchthaus verurtheilt. Wenige Monate darauf sorgten die „bosses" dafür, daß durch die Legislatur das Gesetz widerrufen wurde, unter dem die Verurtheilung stattgefunden hatte, sodaß 20 weitere Wahlbetrüger, die in Anklagezustand versetzt worden, nicht prozessirt werden konnten. Die Sträflinge wurden durch einen gefälligen Gouverneur, nachdem sie kurze Zeit ihres Termins verbüßt, begnadigt, so daß die von ihnen begangenen Wahlbetrügereien doch so gut wie ungesühnt blieben.

Im Wiener „Handelsmuseum" wird mitgetheilt, was über das **panamerikanische Informationsbureau** in Washington der k. k. österreichisch-ungarische Generalkonsul in Liverpool in seinem Januarbericht äußerte:

„In den betheiligten Kreisen Englands folgt man mit vieler Aufmerksamkeit der Thätigkeit, die das in Washington kreirte panamerikanische Informationsbureau entwickelt. Dasselbe wird außer den Vereinigten Staaten von Amerika auch von Argentinien, Bolivia, Brasilien, Chile, Columbien, Costarica, Ecuador, Guatemala, Haïti, Honduras, Mexiko, Nicaragua, Paraguay, Peru, Salvador, Uruguay und Venezuela erhalten, und die Thätigkeit dieses Bureaus soll, obwohl es erst ein Jahr besteht, bereits zu einer Hebung des Handelsverkehrs zwischen der nordamerikanischen Union und den lateinisch-amerikanischen Ländern geführt haben. Dasselbe ist auf zehn Jahre mit einem Kostenaufwande von 2700 Lstr. jährlich errichtet, welcher Betrag im Verhältniß zu der Einwohnerzahl von den betheiligten Staaten beigesteuert wird.

Das Bureau hat im verflossenen Jahre 28 Publikationen, welche über Marktverhältnisse, Waarenpreise, Platzusancen, Ein- und Ausfuhr, Zolltarife, Bankwesen, Land- und Seekommunikationsmittel u. s. f. in den panamerikanischen Staaten handeln, verbreitet; dieselben wurden in 180 000 Exemplaren zum Kostenpreise abgesetzt. Die Sätze in den Zolltarifen sind in der Währung der nordamerikanischen und in jener der anderen Staaten angegeben. Außerdem hat genanntes Bureau auch Adressenbücher sämmtlicher, von selbem vertretenen Staaten, weiter ein illustrirtes Handbuch, enthaltend u. A. die Handelsstatistik, das Kreditwesen, die gewerblichen Markengesetze, Zollamtsregulative, Hafengebühren, Münz-, Maß- und Gewichtswesen der respektiven Länder veröffentlicht. Dieses Handbuch wird entsprechend ergänzt und modifizirt jährlich am 1. Oktober erscheinen. Binnen Kurzem dürfte ferner eine Publikation hinsichtlich der Gesetze über Industrie 2c., dann ein Wörterbuch, umfassend 25 000 bis 30 000 Namen von Artikeln, welche ein- und ausgeführt werden, herausgegeben werden. Die angeführten Publikationen sind in drei Sprachen, englisch, spanisch und portugiesisch, verfaßt, und sollen sich durch praktische und leicht verständliche Weise auszeichnen.

Von Handelskorporationen und Handelsfirmen in den verschiedenen Ländern erhielt das Informationsbureau im Laufe von vier Monaten 700 Anfragen über gangbare Artikel, über Angebot und Nachfrage, Zölle, Frachten, Kommunikationsmittel 2c.

Gleichzeitig organisirt das fragliche Informationsbureau bei der künftigen internationalen Industrieausstellung in Chicago eine eigene Abtheilung, welche in den panamerikanischen Staaten absatzfähige Artikel und Industrieerzeugnisse zur Ausstellung bringen wird."

Journal-Revue.

In den Besprechungen, welche die Blätter der Ordnung der Krisis widmen, liegt der Schwerpunkt, wie natürlich erscheint, auf der Schätzung der Tragweite, welche der anderweiten Vertheilung der bisher vom Reichskanzler innegehabten Gewalten beizumessen sei. Die „National-Zeitung" führt aus: „In der Presse wird mehrfach die Meinung laut, ein Ministerpräsident ohne Portefeuille sei nothwendiger Weise macht- und einflußlos. Das scheint uns keineswegs ausgemacht: es wird auch hier auf die Persönlichkeit ankommen. Die politische Bedeutung der Mitgliedschaft im Staatsministerium ist in Preußen neben der Thätigkeit als Ressortminister so zurückgetreten, sie ist auch nach dem Ausscheiden des Fürsten Bismarck so wenig zu ihrem Rechte gekommen, daß in dieser Beziehung ein Ministerpräsident, der keine Ressortgeschäfte hat, eine wichtige Aufgabe vorfindet: wenn er sich als der berufene Vertreter der allgemeinen politischen Aufgaben des Staatsministeriums fühlt und darauf hinwirkt, daß diese in allen dazu angethanen Fällen von dem gesammten Staatsministerium gewürdigt und vertreten werden, so kann der neue Ministerpräsident sehr viel wirken und sehr große Bedeutung gewinnen. . . . Nach den Ereignissen der letzten Monate kann es im Kultusministerium für längere Zeit im Wesentlichen nur auf eine von allen Extremen sich frei haltende Verwaltungsthätigkeit ankommen; zu einem prinzipiellen gesetzgeberischen Wirken fehlt jetzt in diesem Ressort jede Möglichkeit."

Die „Germania" meint: „Wie die beliebte Theilung der bisherigen Befugnisse des Reichskanzlers und Ministerpräsidenten sich jetzt bewähren wird und ob sie nicht vielleicht von vornherein auf Zeit gedacht ist, muß sich nun zeigen. Welche Gesichtspunkte und Schwierigkeiten dabei in Betracht kommen, haben wir in den letzten Tagen kurz gezeigt. Die Theilung ist ja auch nur entstanden als Nothbehelf aus der wiederholten Ablehnung des Kanzlers, nach den jüngsten Vorkommnissen noch die Leitung der Angelegenheiten in Preußen zu behalten, während der Kaiser wenigstens auf die gleichzeitige Niederlegung der Kanzlerschaft durchaus nicht eingehen mochte. In Rücksicht besonders auf die Stetigkeit der auswärtigen Politik und auf das große Geschick, das Graf Caprivi dort bewiesen, und das große Maß des Vertrauens, das er dort bereits gewonnen und das ihm selbst die mittelparteilichen „Stürmer" nicht bestreiten, ist dieser Wunsch des Kaisers ja überaus gerechtfertigt; nach Lage der Dinge aber und bei der Unsicherheit der weiteren Entwickelung in Folge der Theilung der Gewalten und der heterogenen Zusammensetzung des Ministeriums ist es aber ein Opfer, das trotz seiner berechtigten Abneigung Graf Caprivi in patriotischer, monarchischer und militairischer Gesinnung bringen zu müssen geglaubt hat. Wir wünschen dem tüchtigen, gewissenhaften und nobeln Manne, daß ihm nicht auch daraus noch Enttäuschungen erwachsen!"

„Es dürfte wenige Personen geben", so läßt sich die „Freisinnige Zeitung" vernehmen, „die geneigt sind, eine solche Trennung anders, wie als vorläufiges Auskunftsmittel der Verlegenheit anzusehen. Allgemein wiegt die Ansicht vor, daß Graf Caprivi nur so lange Reichskanzler bleiben wird, bis man sich in Ruhe über einen Nachfolger geeinigt hat. Diese Meinung aber ist auch nicht geeignet, die Stellung des Grafen Caprivi nach vollzogener Halbirung seines Amtscharakters zu erleichtern und zu befestigen. Graf zu Eulenburg als Ministerpräsident ohne jede nennenswerthe Beschäftigung ist darauf angewiesen, darüber nachzudenken, wie er sich einerseits eine selbstständige Stellung gegenüber dem Reichskanzler, andererseits gegenüber dem Finanzminister Miquel verschaffen kann. Wenn schon einmal das Amt des Ministerpräsidenten von demjenigen des Reichskanzlers getrennt werden sollte, so wäre das Natürlichste gewesen, Herrn Miquel zum Ministerpräsidenten zu machen. Thatsächlich hat der Finanzminister nach der Natur seines Amtes eine hervorragende Stellung unter seinen Kollegen. Die Einheitlichkeit der Finanzverwaltung gestattet dem Finanzminister eine entscheidende Mitwirkung bei der Verwaltung aller Ressorts. Herr Miquel hat die Mittel, Graf Eulenburg nur den Titel zu einem Uebergewicht gegenüber seinen Ministerkollegen. . . Im Kultusministerium wird man voraussichtlich für längere Zeit Enthaltsamkeit in Bezug auf gesetzgeberische Vorlagen üben. So wird Bosse zunächst wenig in den Kampf der Parteien hineingezogen werden. Da Bosse gewandt genug ist, um sich gleichzeitig mit Herrn Miquel und mit dem Grafen zu Eulenburg gut zu stellen, so wird er für einige Zeit seinen Posten gewiß in dem Sinne ausfüllen, wie ihm derselbe übertragen worden ist. Eine dauernde Lösung der Ministerkrisis aber erblickt wohl Niemand in den Ernennungen, über welche der „Reichs-Anzeiger" am Donnerstag Abend berichtet hat."

In der „Vossischen Zeitung" heißt es: „Im Ganzen hat die innere Lage durch die bisherigen Verfügungen die erwünschte Klärung nicht erfahren. Das Ministerium ist keineswegs von einheitlichem Geiste erfüllt; seine Beziehungen zu den gesetzgebenden Körpern und zu den Parteien bleiben undurchsichtig und unsicher, und bei aller Achtung, die den Personen gebührt, hat das Ministerium nirgends auf Vertrauen und freudige Unterstützung und die Neugestaltung der Aemter bei keiner Partei auf aufrichtige Billigung zu rechnen."

Von auswärtigen Blättern meint der „Pester Lloyd": „Das Experiment, die preußische Ministerpräsidentschaft von dem Reichskanzleramt zu trennen, ist schon einmal unter Bismarck gemacht worden; der Umstand, daß es sich damals nicht von Bestand gezeigt, ist noch kein vollgültiger Beweis dafür, daß es sich überhaupt nicht bewähren werde. Es kommt dabei auch ein gut Stück auf die Persönlichkeiten an, und da Graf Caprivi von Haus aus eher die Neigung hat, sich zu beschränken als weit auszugreifen, so ist immerhin die Möglichkeit vorhanden, daß er sich auf dem von der preußischen Ministerpräsidentschaft losgelösten Reichskanzlerposten erst recht wohl fühlen werde."

In einer Polemik über den Welfenfonds gegen die „Straßburger Post" sagen die „Hamburger Nachrichten": „Wir haben nur die Giftmischerei ans Tageslicht ziehen wollen, die in den offiziösen Blättern des Reichslandes gegen den früheren Kanzler betrieben wird. Uebrigens ist die „Straßb. Post" Eigenthum und Filiale der „Kölnischen Ztg.", resp. der Kölner Verlegerfirma Du-Mont-Schauberg. Es drängt sich mithin die Frage auf, ob die Insinuationen, welche die „Straßb. Post" gegen den früheren Reichskanzler richtet, aus Statthalterkreisen oder aus anderen Regionen via Köln stammen."

Parteibewegung.

— Zum 22. Mai d. J. ist ein allgemeiner deutscher nationalliberaler Parteitag nach Eisenach einberufen worden.

Parlamentarisches.

* Der Stellvertreter des Reichskanzlers ließ dem Reichstage ein Regulativ für die Errichtung einer Kommission für Arbeiterstatistik mit dem Anheimstellen zugehen, gemäß der Bestimmung im § 2 des Regulativs sechs Mitglieder der Kommission zu wählen.

Deutsches Reich.

Hof- und Personal-Nachrichten.

Berlin, 26. März.

* Seine Majestät der Kaiser nahm gestern Vormittag auf Schloß Hubertusstock auch den Vortrag des Kriegsministers, Generallieutenants v. Kaltenborn-Stachau entgegen.

Reichs- und Staats-Angelegenheiten.

— In der Zeit vom 1. April 1891 bis zum Schlusse des Monats Februar 1892 sind im Deutschen Reich von Einnahmen (einschließlich der kreditirten Beträge) an Zöllen und gemeinschaftlichen Verbrauchssteuern, sowie von anderen Einnahmen zur Anschreibung gelangt: Zölle 375 047 290 M (gegen denselben Zeitraum des Vorjahres + 12 025 730 M), Tabacksteuer 10 438 716 M (— 245 873 M), Zuckermaterialsteuer 9 318 285 M (— 9 636 413 M), Verbrauchsabgabe von Zucker 50 955 392 M (+ 1 448 892 M), Salzsteuer 40 347 687 M (+ 580 657 M), Maischbottich- und Branntweinmaterialsteuer 17 282 304 M (+ 2 472 194 Mark), Verbrauchsabgabe von Branntwein und Zuschlag zu derselben 107 305 953 M (— 6 819 917 Mark), Brausteuer 23 270 662 M (— 156 477 M), Uebergangsabgabe von Bier 3 098 868 M (+ 55 078 Mark); Summe 637 065 157 M (— 276 129 M). — Spielkartenstempel 1 200 017 M (+ 25 709 M), Wechselstempelsteuer 7 482 271 M (+ 303 899 M), Stempelsteuer für a) Werthpapiere 4 116 388 M (— 834 023 M), b) Kauf- und sonstige Anschaffungsgeschäfte 10 319 676 M (— 2 059 579 M), c) Loose

---

Aus Berlin.

ch. Zu der in der Philharmonie am 31. d. M. 7½ Uhr Abends stattfindenden Comenius-Feier ist vom Magistrat in seiner gestrigen Sitzung die Summe von 1000 M bewilligt worden. Als Deputirte der im Festsaale des Rathhauses bereits am 28. d. M. Mittags 12 Uhr stattfindenden Festfeier sind vom Magistrat die Stadträthe Schreiner, Bertram und Fürstenau gewählt worden.

Den Plan der städtischen Baudeputation zur Errichtung einer dreifachen Gemeindeschule in der Stephansstraße hat der Magistrat genehmigt. Die Baukosten sind auf 808 000 Mark veranschlagt worden.

Auf Anregung der Stadtverordneten-Versammlung hat der Magistrat beschlossen, zu einer Feststellung eines Statuts zur weiteren Regelung der Sonntagsruhe bei dem Handelsminister dahin vorstellig zu werden, daß im Sinne der Gewerbenovelle als Beginn des Hauptgottesdienstes in Berlin die Zeit um 11 Uhr Vormittags angesehen wird, um dadurch zu ermöglichen, daß durch eine bis 11 Uhr ausgedehnte Arbeitszeit für einen großen Theil des Handelsgewerbes eine von diesem Zeitpunkte ab ununterbrochene Sonntagsruhe stattfinden kann.

Dem vom königlichen Polizeipräsidium beabsichtigten Erlasse einer Polizeiverordnung, wonach in Zukunft die Trinkgefäße in den Schank- und Gastwirthschaften durch fließendes Wasser zu reinigen sind, hat der Magistrat zugestimmt.

Der Magistrat hat beschlossen, behufs Verbreiterung der Gertraudtenstraße bei der Stadtverordneten-Versammlung die Ermächtigung zur Enteignung des erforderlichen Straßenlandes nachzusuchen. Gleichzeitig soll eine Kommission eingesetzt werden, welcher die Befugniß zustehen soll, die erforderlichen Terrains freihändig zu erwerben; schließlich soll die Genehmigung der Stadtverordnetenversammlung zu einem Anerbieten eines Unternehmers, einen Theil der Verbreiterung der Gertraudtenstraße gegen Gewährung eines festen Zuschusses durchzuführen, eingeholt werden.

Der Oberpräsident hat die Wahl des Stadtraths Weise zum Syndikus und des früheren Stadtraths in Landsberg Röstel und Stadtverordneten Belitz zu unbesoldeten Stadträthen genehmigt.

ch. Der Etatsausschuß der Stadtverordneten-Versammlung hielt gestern Abend seine Schlußsitzung ab. Die bestehenden Ermäßigungen der Miethssteuer wurden für das Etatsjahr 1892/93 beibehalten und ist der Etat mit 12 500 000 M Miethssteuer und 5 700 000 M Haussteuer festgestellt. Der Etat der Einkommensteuer ermäßigt sich in Folge der beschlossenen Veränderung zu den verschiedenen Einzeletats um 545 209 M auf 15 320 890 M und ist mit dieser Summe festgestellt. Der im Etatsjahr 1892/93 zu erhebende Prozentsatz der Gemeinde-Einkommensteuer ist auf 70 pCt. des Normalsatzes angesetzt worden.

1. Der Ausschuß für das Kaiser Wilhelm-Denkmal in Schöneberg hat aus dem Geheimen Zivilkabinet folgendes Telegramm erhalten:

„Se. Majestät der Kaiser und König lassen für die Meldung von der Enthüllung des Allerhöchstseinem hochseligen Herrn Großvater in Schöneberg errichteten Denkmals und der damit verbundenen patriotischen Kundgebung bestens danken. Auf Allerhöchsten Befehl: v. Lucanus, Geh. Kabinetsrath."

s. Kaum erst wagen wir zu hoffen, daß es nun endlich Frühling werden wird, und schon verlangen allerhand Sommergedanken und Reisepläne dringend Audienz. Wir haben sie zunächst an den Finanzminister zu verweisen, der festzustellen hat, wie es im vergangenen Jahre gewesen und wie es in diesem wird sein können und dürfen. So geht es denn auch den Sommerplänen des Berliner Vereins für häusliche Gesundheitspflege; auch seine so menschenfreundlichen Pläne und Wünsche für seine so dringend nach frischer, unverfälschter Sommerluft verlangenden kleinen Pfleglinge können erst zur That werden, wenn eine finanzielle Grundlage für sie gewonnen ist. Diese zu sichern, die Erfahrungen des Vorjahres für deren möglichst reiche Gewinnung und möglichst zweckentsprechende Ausnutzung zu verwerthen, das war der Zweck der Versammlung, zu welcher gestern Mitglieder der Bezirkskomités des genannten Vereins und der Lokalkomités der Berliner Ferienkolonieen nach dem Festsaale des Rathhauses eingeladen worden waren; sehr zahlreich waren die Förderinnen und Förderer der Ferienkolonieen dem Rufe gefolgt. Auch Ihre Majestät die Kaiserin Friedrich legte durch ihr Erscheinen ihr lebhaftes Interesse für die unter ihrem speziellen Schutze stehenden humanitairen Zwecke des Vereins überhaupt und der der sommerlichen Kinderpflege im Besonderen an den Tag. Abg. Schrader gab zunächst an Stelle des aus Gesundheitsrücksichten im Süden weilenden ersten Vorsitzenden, Herrn von Bunsen, einen Ueberblick über die Thätigkeit des Vereins auf dem Gebiete der Volks-Gesundheitspflege. 1500 bis 1600 Mitglieder wirken gegenwärtig für diese Zwecke; ihre Zentralpunkte finden ihre Thätigkeit in den gegenwärtig bestehenden 7 Bezirkskomités. Nach dem Kassenbericht kann der Verein jährlich auf Einnahmen von 13 000 M rechnen, die aber von den Ausgaben um 5000 M übertroffen werden. Dieser Fehlbetrag wurde im vergangenen Jahre durch die Ergebnisse eines Aufrufs und des Theeabends so reichlich gedeckt, daß noch wesentliche Ueberschüsse erzielt wurden. Von solchen Veranstaltungen, welche wesentlich das Interesse für den Verein weckten, hofft man auch für die Zukunft Deckung der sich stetig vergrößernden Bedürfnisse zu erzielen. — Frau Direktor Jessen erstattete sodann Bericht über die Erfolge der Thätigkeit für die Ferienkolonieen, für welche gegenwärtig 226 Lokalkomités wirken. Während 1880, im ersten Jahre, in dem Ferienkolonieen ausgesandt wurden, nur etwas über 6000 M zur Verfügung standen, konnten im vergangenen Jahre für 1100 Kinder in 46 Vollkolonieen und in 22 Halbkolonieen 85 000 M verwendet werden. Mit dankbaren Worten gedachte die Rednerin der Liebe und des Entgegenkommens, welche den kleinen Berlinern in den verschiedenen Kolonieorten entgegengebracht wurden. — Während 1888 festgestellt werden konnte, daß in 87 deutschen Städten für 20 074 Kinder Ferienversorgung stattfinden konnte, sind diese Zahlen im Jahre 1890 auf 94 bezw. 25 827 angewachsen; auch das Jahr 1891 zeigt eine bedeutende Zunahme. Sonderbar ist die Erscheinung, daß die Zahl der Familien auf dem Lande abgenommen hat, die sich zur Aufnahme der Ferienkolonisten erbieten; doch sind da verschiedene Gründe maßgebend gewesen, nicht eine Abnahme des Interesses für die Institution. Die Erkenntniß, daß für viele Kinder die Fortführung der Sommerpflege auch in den Herbst und Winter hinein nothwendig sei, hat in manchen Städten bereits zur Einrichtung derartiger Vorsorge geführt. Man ist überall bemüht, den Segen festzuhalten, den die Ferienkolonieen den Kindern vermittelt haben.

✱ Unsere Notiz über das zum Besten des deutschen Hospitals in Buenos Ayres am nächsten Dienstag stattfindende Konzert ergänzen wir dahin, daß zu demselben die königlicher Opernsängerinnen Frau Staudigl, Frau Agnes Holder-Egger, die königliche Schauspielerin Frl. Poppe (Deklamation), die Herren königlichen Opernsängern Ernst, sowie königlicher Kammermusiker Lüdemann (Cello) ihre gütige Mitwirkung zugesagt haben. — Das reichhaltige Programm befindet sich im Inseratentheil dieser Nummer unserer Zeitung.

rg. Der 100. Geburtstag des Goldarbeiters Hagemann, welcher bei dem Tafeldecker Mackebrand in der Philippstr. 13a wohnt, wurde gestern in feierlicher Weise begangen. Die Wohnung war mit Laubgewinde geziert und der Hauswirth ließ dem „Geburtstagskinde" durch eine Kapelle um 9 Uhr Morgens ein Ständchen bringen. Reiche Spenden gingen an Blumen und Wein ein, und Hagemann erklärte in seiner Festlaune: „Nun Kinder, jetzt werde ich noch einmal heirathen; denn ich denke noch lange nicht an das Abschwimmen".

✱ Am 29. d. Abends wird das Postamt 44 (Kronenstraße) von dem Hause Kronenstraße 21 nach dem Hause Kronenstraße 39/40 verlegt. — Am 1. April tritt in der Bülowstraße 92 eine neue Postanstalt in Wirksamkeit, welche die Nummer 81 (Bülowstraße) erhält. Bei dieser Postanstalt können Postsendungen jeder Art — mit Ausnahme der Packete mit und ohne Werthangabe — eingeliefert werden. Die Annahme von Bestellungen auf Zeitungen und Zeitschriften, sowie die Ausgabe von Zeitungen findet dort nicht statt.

nk. Unter den Schiffern, welche in der Nähe von Rüdersdorf lagern, um von dort den Kalk der Rüdersdorfer Kalkwerke abzufahren, ist gestern ein Strike ausgebrochen. Gegen 200 Schiffer machten gestern früh aus dem Grunde „Kehrt", weil sie mit der neuen Verlade- und Fahrordnung nicht einverstanden waren.

ö. Die Voruntersuchung gegen die junge Telephonistin Barnewitz ist jetzt geschlossen. Die Akten sind bereits der Staatsanwaltschaft zur Erhebung der Anklage zurückgestellt. Dieselbe wird, wie wir erfahren, auf Mordversuch lauten.

b. Eine jener Frauenspersonen, welche kleinen Kindern auf der Straße die Ohrringe aushängen oder Geld und Packete stehlen, ist der Kriminalpolizei in die Hände gefallen. Es ist die 20jährige unverehelichte Anna Schütz aus Berlin, welche schon vielfach wegen gleicher Strafthaten vorbestraft ist.

rg. Die Kellner Bauch, Reidel und Pichbermer, welche mehrfach aus Gastwirthschaften Möbel gestohlen und diese versetzt haben, sind dingfest gemacht worden.

rg. Ein Einbruch wurde in der Nacht zum Donnerstag in dem Hause Kohlenufer 3 ausgeführt. Dort betreibt der Kaufmann Wilh. Kamp zu ebener Erde einen Handel mit Materialwaaren. Das Geschäftslokal ist von einem daneben belegenen, zur Zeit leerstehenden Laden durch eine Bretterwand getrennt, und dieser letztere Laden hat ein nach dem Hofe zu gehendes Fenster. Am Mittwoch wurden auf dem Grundstücke zwei fremde Männer bemerkt, von denen der eine einen hellen, der andere einen dunklen Anzug trug. Dies sind entschieden die Einbrecher gewesen, welche sich über die Lokalität näher unterrichtet haben denn in der Nacht kamen sie auf den Reviernachtwächter zu und verlangten Einlaß in das Haus. Als der Beamte bemerkte, daß er sie nicht kenne, wurde ihm die Antwort: „Nanu, kennen Se Schulzen nich?!" Dies zerstreute die Zweifel des Wächters, er schloß die Thür und ging dann ruhig seines Weges weiter, als er Beide die Treppe hinaufsteigen hörte. Die Spitzbuben stiegen nun vom Hofe aus durch das Fenster in den leeren Laden, sägten in die Bretterwand eine Oeffnung und befanden sich am Ziel ihrer Wünsche. Sie entnahmen nun dem Kamp'schen Laden Zigarren, Fleischwaaren, Kaffee u. s. w., wie auch die Wechselkasse im Betrage von 10 M, und müssen entkommen sein, als das Haus bereits offenstand. Die Polizei scheint indeß den Einbrechern bereits auf der Spur zu sein, von denen einer in der Zossenerstraße wohnt.

✱ Am Donnerstag, 24. d., Morgens, wurden drei Personen erhängt vorgefunden, und zwar ein Kaufmann in einem Hotel, eine Frau in ihrer Wohnung in der Prinz-Eugenstraße und ein Mädchen in der Wohnung seiner Dienstherrschaft am Kottbuserdamm.

✱ Nach Mittheilung des Statistischen Amts der Stadt Berlin sind bei den hiesigen Standesämtern in der Woche vom 13. März bis incl. 19. März cr. zur Anmeldung gekommen: 278 Eheschließungen, 995 Lebendgeborene, 27 Todtgeborene, 675 Sterbefälle.

✱ (Polizeibericht.) Als in der Nacht zum 24. d. Mts. auf dem Bahnhofe Gesundbrunnen der Hülfsrangirer Steinke eben eine Verkuppelung zweier Wagen hergestellt hatte, zerriß beim Anrücken der Lokomotive die Zugkette und wurde mit solcher Gewalt gegen den Arm desselben geschleudert, daß dieser dadurch sehr schwer verletzt wurde. — Auf der Charlottenburger Chaussee, nahe dem Großen Stern, wurde am 24. d. Vormittags ein Schlosserlehrling von einem Arbeitswagen überfahren und so schwer verletzt, daß er bei der Ueberführung nach der Charité verstarb. — In der Spree, gegenüber dem Hause Kronprinzen-Ufer 18, wurde Nachmittags die Leiche eines unbekannten, etwa 40 Jahre alten Mannes angeschwemmt. — Abends verstarb ein Gastwirth in seiner Wohnung in der Markgrafenstraße anscheinend in Folge von Vergiftung. — In der Nacht zum 25. d. wurde ein Rentier in seiner Wohnung in der Anklamerstraße todt aufgefunden. Er ist anscheinend in Folge Ausströmens von Leuchtgas aus einer offenen Leitung erstickt. — Am 25. Morgens wurde im Flur des Hauses Neue Grünstraße 26 die Leiche eines neugeborenen Kindes aufgefunden.